

Bundestag direkt

Info-Brief der Landesgruppe Schleswig-Holstein
in der SPD-Bundestagsfraktion
Ausgabe 3/12 - November 2012



Die Energiewende sozial gerecht gestalten!

- Von Gabriele Hiller-Ohm -
Rasant steigende Energiekosten stellen immer mehr Haushalte vor große Probleme. Besonders betroffen sind Menschen mit kleinen Einkommen. Immer häufiger können diese Steigerungen nicht aufgefangen werden. Die Folge: Strom und Gas werden abgeklemmt. Wohnungen bleiben kalt. Warme Mahlzeiten und warmes Wasser werden zu unbezahlbarem Luxus. Das Wort des Jahres 2012 könnte „Energiearmut“ werden.

Fest steht: Die Energiewende wird es nicht zum Nulltarif geben. Wichtig ist aber, dass niemand überfordert wird und die Lasten des Umsteuerns hin zu umweltfreundlicher und sicherer Energie gerecht verteilt werden. Ein Blick auf die Unternehmensseite zeigt jedoch, dass wir in eine gefährliche Schieflage rutschen. Immer mehr global agierende energieintensive Unternehmen werden entlastet. Waren es unter Rot-Grün gerade mal 400, so ist die Zahl unter Schwarz-Gelb auf 2.000



Mitglieder der Küstengang der SPD-Bundestagsfraktion informierten sich im Sommer direkt vor Ort im Windpark Baltic I in der Ostsee vor Stralsund über die vorherrschenden Probleme beim Offshore-Ausbau – von links: Sonja Steffen, Gabriele Hiller-Ohm, Thomas Oppermann, Bettina Hagedorn, Uwe Beckmeyer, Caren Marks, Franz Thönnies und Ingo Egloff

angestiegen. Für das Jahr 2012 entstehen privaten Verbrauchern und kleinen und mittleren Unternehmen so Kosten von 2,5 Mrd. Euro, für das Jahr 2013 sogar von 4,7 Mrd. Euro.

Merkel und Altmaier haben wegen der starken Proteste zugesagt, die massiv ausgeweiteten Befreiungen von der EEG-Umlage für Unternehmen zu überprüfen. – Die Studie dazu soll bis zum 31.07.2014(!) fertig sein.

Gerade für Haushalte, die ohnehin schon knapp bei Kasse sind oder bereits wegen Zahlungsverzug von ihrem Energieversorger abgeklemmt wurden, verschärft sich die Situation. 34 Prozent der Alleinerziehenden können ihre Wohnung nicht mehr angemessen heizen oder warmes Essen kochen. Aktuell gibt es keine Meldepflicht, wenn Haushalte von Strom oder

Gas abgeklemmt werden. Schätzungen gehen aber von 600.000 bis 800.000 Haushalten aus, die in diesem Jahr von Sperrern betroffen sind.

In diesem Zusammenhang klingt die Aussage von Minister Altmeier geradezu zynisch, dass die Haushalte einfach drei Prozent Energie sparen sollten, wenn die Preise um drei Prozent steigen – eine energetische Milchmädchenrechnung.

Was müssen wir tun, um die Energiewende sozial zu gestalten? Die Großindustrie darf nicht zu Lasten der privaten Haushalte und kleiner und mittlerer Unternehmen, z.B. dem Handwerk, befreit werden. Großunternehmen müssen Strom sparen, statt ihn viel zu billig zu verbrauchen. Hierzu müssen wir die Systematik von Steuern und Abgaben überprüfen.

Stromanbieter müssen in die Pflicht genommen werden. Ihre Einnahmen sprudeln, obwohl sie noch bis vor kurzem die schlimmsten Einbußen durch den Atomausstieg an die Wand malten. Allein im ersten Halbjahr 2012 streichen sie satte Gewinne ein: E.ON 3,13 Mrd. Euro, RWE 5,04 Mrd. Euro und Vattenfall 370 Mio. Euro.

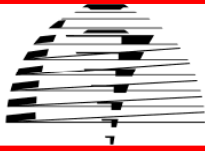
Diese Konzerne diktieren den Strompreis. Wir brauchen mehr Wettbewerb. Die Marktmacht der Konzerne muss gebrochen werden – auch für mehr dezentrale Energieerzeugung.

Viele Stromanbieter haben kaum Interesse an Haushalten mit geringem Verbrauch. Dazu gehören in der Regel einkommensarme Haushalte. Oft ist es für diese Haushalte schwer, den Anbieter zu wechseln,

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- SOS für den Nord-Ostsee-Kanal Seite 3
- Mehr Transparenz bei Nebeneinkünften Seite 4
- Die Reform des Wahlrechts Seite 5
- Familienleistungen bündeln und verbessern Seite 6



- Fortsetzung von Seite 1 -

insbesondere, wenn sie noch Schulden beim Altversorger haben. Stromanbieter müssen verpflichtet werden, ihre hohen Gewinne auch an die Endverbraucher weiterzugeben. Dazu zählt z.B. ein Grundbedarfspaket von 500 Kilowattstunden (kWh) pro gemeldetem Haushaltsmitglied, das zum günstigsten auf dem Markt angebotenen kWh-Preis vom jeweiligen Versorger angeboten werden muss.

Private Haushalte mit kleinem Einkommen sollten darüber hinaus kompetent beraten werden. Für sie zählt jeder Euro, den sie nicht ausgeben müssen, doppelt. Diese Haushalte müssen endlich Zugang zu sparsamen Geräten und energetisch saniertem Wohnraum erhalten. Verbrauchszentralen sollten gestärkt werden und vor schlechten Stromangeboten warnen.

Allein mit diesen Beispielen ließen sich die Strompreise entspannen. Wir wollen die Energiewende. Das geht aber nur sozial gerecht. Küche und Wohnung dürfen nicht kalt bleiben. Wir wollen für alle ausreichenden und bezahlbaren Strom und ein Recht auf eine warme Wohnung. Dafür steht die SPD.



Gabriele Hiller-Ohm ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Rosi ist zurück an Bord

„Wir präsentieren Ihnen jetzt einen der Höhepunkte des heutigen Abends“, strahlt Rosemarie Schönegg-Vornehm, als sie im Oktober den Auftritt von Viktoria Tolstoy bei der Veranstaltung „Jazz in den Ministergärten“ ankündigt. Sie strahlt, weil sie Jazz- und Klaviermusik mag. Vor allem aber, weil sie nach einem zweieinhalbjährigen Intermezzo als Referatsleiterin in der Staatskanzlei von Berlin wieder Teil dieses „Wir“ ist. „Wir“, das ist die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein in der Hauptstadt.

Als sie vor ein paar Monaten den Namen von Stefan Studt im Display ihres Mobiltelefons sah, ahnte Rosemarie Schönegg-Vornehm zunächst nicht, was der Anlass des Anrufes war: Der Chef der Kieler Staatskanzlei und Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund bot ihr die Dienststellenleitung der Landesvertretung an, die nach dem Regierungswechsel vakant geworden war.

Vor ihrem Wechsel in die Staatskanzlei Berlin im Jahr 2010 war die Juristin als Referentin in der Landesvertretung Schleswig-Holstein für unterschiedliche Fachressorts zuständig und zeichnete viele Jahre für die Bundesratskoordination verantwortlich. Die Bundespolitik hatte Rosemarie Schönegg-Vornehm zuvor aus unterschiedlichen Perspektiven kennen gelernt: als Referentin im Bundespresseamt, als Pressereferentin in der deutschen EU-Vertretung und als Referentin der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Herta Däubler-Gmelin.

Der damalige Staatssekretär im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein Michael Bürsch holte die Sozialdemokratin 1989 in die Landesvertretung. In den 21 Jahren ihrer Tätigkeit dort wurde Rosi, wie sie von Genossen genannt wird, zu einer „gefühlten Schleswig-Holsteinerin“, die nicht nur

genau weiß, welche speziellen Interessen das nördlichste Bundesland auf Bundesebene hat, sondern es auch immer wieder gern gemeinsam mit ihrem Mann im Urlaub durchradelt.



Die Landesgruppe freut sich, dass Rosemarie Schönegg-Vornehm in der Donnerstags-sitzung wieder aus dem Bundesrat berichtet.

Über das Angebot von Stefan Studt musste sie daher auch nicht lange nachdenken: „Mein Gefühl war gleich: ‚Ja, das wär’s!‘ Bei jedem anderen Bundesland hätte ich ‚nein‘ gesagt, da ich mich gerade gut bei den Berlinern eingelebt hatte“, so Schönegg-Vornehm.

Ihr Dienstbeginn fällt in eine besonders arbeitsintensive Phase im Bundesrat. Zum einen versucht Schwarz-Gelb derzeit noch einige wichtige Gesetze durchzubringen, ehe der Wahl-

kampf zur Bundestagswahl 2013 beginnt. Zum anderen bringt die neue Landesregierung die Beschlüsse aus dem Koalitionsvertrag wie die Abschaffung der Steuerbegünstigung für Hotelübernachtungen oder die Beschleunigung des Rückbaus von Atomkraftwerken als Anträge Stück für Stück in den Bundesrat ein. Da heißt es dann für die Referenten, die Dienststellenleiterin und die Vertreter der Landesregierung auf den unterschiedlichen fachlichen und politischen Ebenen Mehrheiten zu organisieren.

Die Landesvertretung ist aber nicht nur Sprachrohr und Interessenvertretung der Landesregierung gegenüber den anderen Bundesländern, dem Bundestag, den Bundestagsfraktionen sowie den Vereinen und Verbänden auf Bundesebene, sie ist umgekehrt auch das Ohr der Kieler Küstenkoalition in Berlin. Um rechtzeitig intervenieren zu können, ist es notwendig, so früh wie möglich von Gesetzesplänen der Bundesministerien zu erfahren, die Schleswig-Holstein besonders betreffen. Auch Fraktionssitzungen und Ausschussanhörungen im Bundestag werden besucht und für Kiel ausgewertet, bei sehr wichtigen, aktuellen Themen häufig noch abends nach dem Termin.

Ein gewaltiges Pensum für die nur acht Fachreferenten der Landesvertretung. Krank werden darf bei der dünnen Personaldecke niemand. „Wir haben große, engagierte Mitarbeiter“, sagt die neue Dienststellenleiterin stolz. Und da ist es wieder, dieses „Wir“.

Nadine Brockmann

SOS für den Nord-Ostsee-Kanal

Endlich wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze der Landesregierung! Klar, dass das Gespräch mit Ministerpräsident Torsten Albig in der Staatskanzlei der unumstrittene Höhepunkt der spätsommerlichen Landesgruppen-Klausurtagung in Kiel war.

Weit weniger erfreulich hingegen die Informationen, die das Abgeordneten-Quintett vorher beim Besuch im Wasser- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau von der WSD-Nord-Spitze bekam: Ein Totalausfall ist während der Sanierungsarbeiten an den Schleusen sowohl in Kiel als auch in Brunsbüttel jederzeit möglich. Eine Bevorratung mit Ersatzteilen hingegen ist leider nicht realisierbar, da die Bauwerke aus Unikaten bestehen, die extra angefertigt werden müssen.

In Anbetracht bekanntlich knapper öffentlicher Kassen plädiert die WSD Nord für eine Priorisierung der notwendigen Maßnahmen: erst Sanierung, dann Ausbau. Den Dank für die end-



Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm, Torsten Albig, Sönke Rix, Franz Thönnies und Hans-Peter Bartels nach dem gemeinsamen Gespräch in der Staatskanzlei

lich in den Bundeshaushalt eingestellten finanziellen Mittel für die Reparatur der dritten Schleusenkammer in Brunsbüttel verband WSD-Nord-Präsident Hans-Heinrich Witte mit der Bitte, dies zu verstetigen.

Bei der SPD rennt die WSD Nord damit offene Türen ein. Hat diese doch bereits zu Regierungszeiten im Jahr 2007 ein durchfinanziertes

Gesamtkonzept für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals beschlossen.

Dementsprechend hat die SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss unter Federführung der norddeutschen SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs und Bettina Hagedorn auch in diesem Jahr wieder beantragt, die notwendigen 300 Mio. Euro für die Fortführung der

Baumaßnahmen an der Schleuse Brunsbüttel im Haushalt 2013 bereitzustellen.

Der zuständige Bundesverkehrsminister Ramsauer hingegen lässt kaum etwas unversucht, um die Sanierung der wichtigen Wasserstraße zu torpedieren. Nicht nur, dass er die im Konjunkturpaket für den NOK bereitgestellten Finanzmittel für Baumaßnahmen im Süden der Republik verfrüstückte. Sein neuester Coup ist, die dem NOK zustehenden EU-Fördermittel zwölf Monate lang schlichtweg nicht zu beantragen. Laut Angaben von Haushaltsausschuss-Mitglied Bettina Hagedorn könnten bei der EU mindestens zehn Prozent der jährlichen Baukosten aus TEN-Mitteln abgerufen werden. Ramsauer lässt also 30 Millionen Euro zum Schaden des deutschen Steuerzahlers in Brüssel liegen, obwohl sein Bundesverkehrswegeplan chronisch unterfinanziert ist. — Unbegreiflich! (nb)

Vernünftige Lösung beim Bau der A20 in Sicht

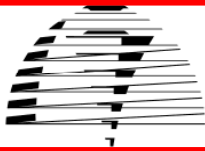
Anfang September hatte Verkehrsminister Reinhard Meyer noch seine Argumentationsstruktur für den chronologischen Bau von Streckenabschnitten der A20 bei einem Treffen mit der Landesgruppe im Rahmen der Klausurtagung dargelegt, Mitte September hatte er damit bereits bei der Spitze des Bundesverkehrsministeriums Gehör gefunden. Ramsauer hatte zugesagt, die Umwidmung der Mittel vom siebten auf den vierten Bauabschnitt in Betracht zu ziehen.

„Die neue Offenheit Ramsauers bringt die Planungen für die A20 ein gutes Stück voran. Es ist gut, dass die

Vernunft jetzt doch eine Chance hat“, freut sich Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann.



Ernst Dieter Rossmann, Reinhard Meyer und Franz Thönnies



Nebeneinkünfte: Koalition will Transparenz nur für andere

„Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen“, möchte man Unions- und FDP-Politikern, allen voran den beiden Generalsekretären Dobrindt und Döring zurufen, die jüngst für kurze Zeit ihre Begeisterung für die totale Transparenz in punkto Nebeneinkünften von Abgeordneten entdeckt hatten. Als Heuchelei war das empörte Getöse schnell entlarvt. Was die Koalitionäre wollten, war eine „Lex Steinbrück“, nicht aber eine Regelung, die für eine vorbehaltlose Offenlegung von Nebeneinkünften bei allen Bundestagsabgeordneten sorgt.

CDU/CSU und FDP haben deshalb auch leider drei Initiativen der SPD im Bundestag rigoros abgelehnt. So hat die SPD beantragt, dass die Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten künftig auf Euro und Cent genau veröffentlicht werden sollen.

Davon wollten CDU/CSU und FDP dann nichts mehr wissen. Sie bevorzugten stattdessen weiter eine Stufenregelung, die aber genau nicht die Aufklärung und Transparenz bietet, die von den Regierungsfractionen an anderer Stelle lautstark eingefordert wurde.

Das Gleiche gilt für mehr Transparenz in punkto Nebentätigkeiten von Berufsgeheimnisträgern wie Rechtsanwälten oder Steuerberatern. Wir haben zusammen mit den Grünen beantragt, dass eine Branchenbezeichnung der Auftraggeber veröffentlicht werden sollte, um Einblick in mögliche Interessenverflechtungen zu geben.

In einem dritten Antrag hat die SPD eine Karenzzeit für ehemalige Bundesminister und parlamentarische Staatssekretäre in Anlehnung an das EU-Recht eingefordert. Dort gilt nämlich

schon, dass ehemalige Mitglieder der EU-Kommission innerhalb von 18 Monaten nach Ende ihrer Amtszeit einer neuen Tätigkeit nur dann nachgehen können, wenn dies von einer Ethikkommission genehmigt worden ist. Nach dem Willen von CDU/CSU und FDP soll dieses in Deutschland auch weiterhin nicht gelten. Dabei wären solche Regelungen auch im Interesse der Betroffenen selbst, weil damit zweifelhafte Tätigkeiten von nicht zu beanstandender und erwünschter Berufstätigkeit abgegrenzt werden können.

Noch eine Bemerkung am Rande: Was haben CDU/CSU und FDP nach dem verfrühten Abgang von Wulff Stein und Bein geschworen, dass die Amtsausstattung für ehemalige Bundespräsidenten neu geregelt werden muss. Ei-

nen entsprechenden Antrag der SPD, nur bei einer vollen Amtszeit die entsprechende Amtsausstattung zuzubilligen, lehnten CDU/CSU und FDP allerdings ab. Merke: Gerade die Konservativen und die Wirtschaftsliberalen sind groß im Lamentieren, aber wenn es konkret zur Sache geht, tun sie am liebsten gar nichts.

Ernst Dieter Rossmann



Ernst Dieter Rossmann ist Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

BSPC fordert Beschäftigungsstrategie für junge Arbeitslose

Vom 26. bis zum 28. August fand in St. Petersburg die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Nach zweitägigen Beratungen wurde eine Konferenzresolution mit Forderungen an die nationalen Regierungen einstimmig verabschiedet.

An der Tagung nahmen 80 Abgeordnete aus den Parlamenten rund um die Ostsee sowie gut 100 Gäste aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft teil. Neben der Delegation des Deutschen Bundestages unter der Leitung von Franz Thönnies waren aus Deutschland auch Delegationen der Landesparlamente aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg vertreten.

Angesichts der extrem hohen Raten der Jugendarbeitslosigkeit, die mit Ausnahme von Norwegen und

Deutschland in den anderen Ostseestaaten zwischen 15 bis 30 Prozent liegen, forderten die Abgeordneten von den Regierungen die Entwicklung einer wirkungsvollen Beschäftigungsstrategie. Ziel sollte es dabei sein, allen jungen Menschen einen Arbeits-, Ausbildungsplatz oder zusätzliche Bildungsmaßnahmen nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben dürfe nicht mit einer längeren Phase der Beschäftigungslosigkeit beginnen, meinten die Parlamentarier.

Um die Mobilität für die Bürger in der Ostseeregion zu verbessern, wird eine schrittweise Abschaffung des Visa-Regimes zwischen der EU und Russland gefordert. Zunächst sollen Reiseerleichterungen für Wissenschaftler, Forscher, Sportler, Jugendliche, Studenten und Auszubildende erfolgen. Ebenso riefen die Politiker zur Stärkung der Menschenrechte sowie zum Schutz und zur Förderung von Toleranz und Meinungsfreiheit in der Ostseeregion auf.

In weiteren Punkten forderten die Abgeordneten die Förderung der Kooperation mit Nordwest-Russland in Verbindung mit der EU-Ostseestrategie und der Politik der nördlichen Di-

mension. Ebenso sollen die Bemühungen zur Förderung von grünem Wachstum und erneuerbarer Energien verstärkt werden. Verbindliche Ziele für die Energieeffizienz sollen hinzukommen. Innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation sollen sich die Staaten für die Entwicklung weltweit verbindlicher Regelungen einsetzen, um die von Schiffen ausgestoßenen CO₂-Emissionen zu verringern. Ebenso erwarte man verstärkte Maßnahmen zum Abbau der Schmutzwasserleitungen in die Ostsee, wie die Modernisierung der Abwassersysteme und der öffentlichen Entsorgungseinrichtungen. Weitere Informationen unter www.bspc.net.

„Kein objektiver Geist“

Interview von Hans-Peter Bartels mit den Stuttgarter Nachrichten zur Wahlrechtsreform und zur Kritik am Bundesverfassungsgericht vom 23.09.2012

Herr Bartels, das Bundesverfassungsgericht dringt auf neues Wahlrecht, seit Jahren gibt es keine Lösung. Was ist Ihr Ziel?

Wir müssen gewährleisten, dass die Wähler das, was sie mit der Zweitstimme wählen, letztlich als Verteilung im Bundestag bekommen. Punkt. Wie wir mit welchen Folgen dahin kommen – also all das, woran die Bundestagsfraktionen jetzt im Hintergrund arbeiten und sich beraten lassen – ist höhere Mathematik.

Wird es denn besser, nachdem Karlsruhe so oft einschritt?

Nein. Die deutsche Öffentlichkeit nimmt die Urteile des Verfassungsgerichts ja gern als objektiv und unangreifbar wahr, obwohl sie manchmal widersprüchlich und abhängig von politischen Mehrheiten innerhalb des Gerichts sind. In der letzten Zeit haben wir öfter auch Korrekturen erlebt, wie zum Beispiel beim Luftverkehrsgesetz: Die eine Rechtsauffassung des Gerichts wurde wenige Jahre später von einer anderen Rechtsauffassung abgelöst. Oder die Urteile zur Reform des Wahlrechts: Union und FDP haben die Gerichtsentscheidung zum so genannten „negativen Stimmgewicht“ spät und schlecht umgesetzt. Aber dass die Richter bei ihrem zweiten Beschluss zu dieser Reform nun plötzlich neue Probleme benennen und neue Maximen aufzeigen, überrascht schon! Bisher waren aus Karlsruher Sicht die Überhangmandate kein Gegenstand, jetzt wird ihre Zahl auf 15 beschränkt. Dafür gibt es sicher gute

politische Gründe, aber dass hier der objektive Geist des Grundgesetzes weht, soll doch niemand behaupten! Warum nicht gleich so, warum nun auf einmal?

Die Zahl 15 wirkt willkürlich, oder haben Sie eine Erklärung für sie?

Es hätten genauso gut 30 sein können oder drei. Die Zahl 15 ist willkürlich. Vielleicht sollte das Gericht gelegentlich einmal erklären, dass auch seine Entscheidungen zeitgebunden sind und dass der Gesetzgeber – also Bundestag und gegebenenfalls Bundesrat – auch nicht immer widerspruchloses Recht schaffen kann. Die Umsetzung der Karlsruher Entscheidung zum Wahlrecht wird jedenfalls ganz bestimmt nicht widerspruchsfrei vor sich gehen können. Heute gibt es 24 Überhangmandate, alle CDU/CSU. Einen vollständigen Ausgleich dieser Mandate nach dem Zweitstimmenergebnis und nach der proportionalen regionalen Untervertei-

lung, also nach Ländern, wird es kaum geben. Dann säßen nämlich statt 620 stattliche 800 Bundestagsabgeordnete im Parlament. Das kann niemand wollen.

Wenn es die perfekte Lösung nicht gibt, welche schlagen Sie vor?

Ein Verrechnungsmodell zum Beispiel, bei dem Überhangmandate in einem Land bei den Listenmandaten derselben Partei in einem anderen Land abgezogen werden. Das ist nicht schön und nicht gerecht. Aber die Gerichtsentscheidung zwingt zu nicht schönen, nicht ganz gerechten Lösungen. Der Ausgleich von kleinsten Verzerrungen führt jetzt zu neuen größeren Verzerrungen.

Es gehört zum Charakter des Bundesverfassungsgerichts, dass vom Bürger bis zum Verfassungsorgan jeder eine Klage einreichen kann. Wählen denn die Richter falsch aus, welche Klage sie letztlich annehmen?

Bei der Prüfung, was wirklich vom höchsten deut-



Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels ist Sprecher der AG Demokratie in der SPD-Bundestagsfraktion

schen Gericht entschieden werden sollte, könnte man sicher restriktiver sein. Nicht jedes Mini-Problem, Beispiel: negatives Stimmgewicht, muss mit der Keule „Verfassungswidrigkeit“ bekämpft werden.

Ist unsere Demokratie so stabil, dass die Verfassungsrichter heute mehr durch interessante statt früher mit relevanten Fälle Schlagzeilen machen?

Das Gericht hatte bis hin zu den Folgen der deutschen Wiedervereinigung und der Europäischen Einigung eine starke demokratiestabilisierende Bedeutung. Es war zugleich in der Öffentlichkeit zurückhaltender. Heute ist es kein diskretes Bundesorgan mehr; die Richter geben alle Interviews, jeder kann vorher wissen, was sie denken und empfehlen. Das ist fast schon Politikberatung. Gleichzeitig erfahren Öffentlichkeit und Parlament nichts über den Ablauf der Beratungen im Verfassungsgericht. Da gerät etwas aus der Balance.

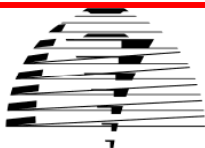
Interview: Claudia Lepping, Berlin

Verhandlungen zum Wahlrecht

Künftig wird der Deutsche Bundestag streng nach dem Proporz des Zweitstimmenergebnisses zusammengesetzt. Überhangmandate sollen vollständig ausgeglichen werden. Jede Stimme erhält dadurch bei der nächsten Bundestagswahl das gleiche Gewicht. Auf diese Regelung einigten sich Ende Oktober die Bundestagsfraktionen der SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne. Dies entspricht genau der Forderung, mit der die Sozi-

aldemokraten in die Verhandlungen gegangen waren.

Gegen die CDU nicht durchsetzen konnte die SPD ein Ausgleichsmodell, das zu einer geringeren Vergrößerung des Bundestages geführt hätte. Ein moderates Anwachsen ist somit unvermeidbar. Die SPD-Fraktion wird das Ergebnis der nächsten Wahl sorgfältig evaluieren und falls notwendig Gegenmaßnahmen ergreifen.



- Termine -

**30.11.2012, 17.00 Uhr,
Bad Schwartau:**

Der demografische Wandel steht im Fokus der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Bettina Hagedorn** in der Elisabeth-Selbert-Grundschule, Schulstraße 8-10. **Franz Müntefering**, ehemaliger SPD-Bundesvorsitzender und jetzt Vorsitzender der Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion, wird zunächst einen Vortrag zum Thema „Chancen und Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft“ halten. Im Anschluss daran haben die Gäste ausreichend Gelegenheit zur Diskussion, die das Mitglied des Landtages **Sandra Redmann** moderiert. Anmeldungen bitte an das Wahlkreisbüro von Bettina Hagedorn per Mail an bettina.hagedorn@wk.bundestag.de oder unter Telefon 04521/71611.

**06.12.2012, 19.00 Uhr,
Bad Oldesloe:**

Die Zukunft der Europäischen Union ist das Thema der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung, zu der **Franz Thönnnes** in das Bürgerhaus Bad Oldesloe, Mühlenstraße 22 einlädt. Der Abend beginnt mit einem offenen Gedankenaustausch der Teilnehmer zu Fragen, Problemen und Ideen rund um die EU. Für einen Vortrag zu Gast ist dann der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Michael Roth**. Auskunft und Anmeldung im Bürgerbüro von **Franz Thönnnes** via Mail an buergerbuero@thoennes.de oder unter Tel. 04551/968383.

Vom Kopf auf die Füße**SPD-Fraktion will Familienleistungen bündeln und verbessern**

In Schleswig-Holstein besuchen aktuell über 24 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder werden im Rahmen der öffentlich geförderten Kindertagespflege von Tagesmüttern und -vätern betreut. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Betreuungsquote damit um 2,6 Prozentpunkte, die Zahl der betreuten Kleinkinder stieg um zehn Prozent auf 16.300.

Momentan vernachlässigt Bundesfamilienministerin Schröder allerdings den dringend benötigten Kita-Ausbau. Zwar hat sie kürzlich zugesagt, den Bundesländern weitere 580 Millionen Euro für den Kita-Ausbau zur Verfügung zu stellen, knüpft diese Zahlung aber an so viele Bedingungen, dass die Länder sich nicht imstande sehen, das Geld anzunehmen. Kristina Schröder versucht nun, den Ländern den schwarzen Peter zuzuschieben, indem sie behauptet, die Länder würden den Kita-Ausbau bremsen. Das stimmt nicht. Im Gegenteil: Schröder selbst hat kurzfristig die Spielregeln geändert: Prüf-, Berichts- und Nachweispflichten zum Einsatz der Mittel wurden deutlich verschärft. Die Bearbeitung ist so aufwendig, dass die Kapazitäten der Länder dadurch überschritten werden.

Nachdenklich stimmen sollte Schröder, dass sich in diesem Punkt alle Länderchefs einig sind. Statt mit Selbstkritik hat sich die Ministerin aber lieber monatelang mit dem Theater um das Betreuungsgeld beschäftigt.

Ich halte die Einführung des Betreuungsgeldes für absolut falsch. Das heißt nicht, dass ich die Betreuung und frühkindliche Erziehung in der Kita besser oder schlechter finde als die in der Familie. Jedoch sind

viele Paare auf Kitas angewiesen.

Sie sind ein zentraler Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn die meisten Eltern – und zwar Mütter und Väter gleichermaßen – stellen sich die Frage: Wie können wir unseren Kindern ein gutes Aufwachsen ermögli-



Sönke Rix ist stv. Sprecher der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion

chen und gleichzeitig dafür sorgen, dass wir beruflich auf der Höhe bleiben und finanziell über die Runden kommen?

Viele von ihnen wollen während und nach der Familienphase erfolgreich in ihrem Beruf arbeiten, sich weiterbilden und Karriereschritte machen. In vielen Fällen haben Paare aber auch gar

nicht die Möglichkeit, dass ein Elternteil längere Zeit aus dem Beruf aussteigt – schlicht, weil die Familie auf zwei Gehälter angewiesen ist. Dafür brauchen sie eine gute Kinderbetreuung.

Kinderarmut entsteht aus Elternarmut. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten, dass die Arbeitswelt gerechter wird: Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Existenz sichernde, feste Arbeitsverhältnisse gehören dazu.

Zudem wollen wir eine gerechtere finanzielle Familienförderpolitik. Dazu gehört eine Reform des Ehegattensplittings, das derzeit Allein- und Gutverdiener-Ehen erheblich bevorzugt. Außerdem fordern wir die Einführung eines neuen Kindergelds. Momentan profitieren insbesondere gutverdienende Eltern von den hohen Kinderfreibeträgen. Das wollen wir ändern und den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen: Unsere Planungen sehen vor, dass die, die es besonders brauchen, mehr Kindergeld bekommen, jedoch fast niemand große Einbußen hinnehmen müssen wird. Der zurzeit sehr kompliziert ausgestaltete Kinderzuschlag wird in das Kindergeld integriert und erreicht so zukünftig einen größeren Kreis.

Gemeinsam mit dem Mindestlohn und dem Kita-Ausbau ist das neue Kindergeld ein großer Schritt in Richtung einer Kindergrundversicherung. Denn für mich ist klar: Wir dürfen kein Kind zurücklassen – weder in Schleswig-Holstein noch in Deutschland.

Sönke Rix

Sozialdemokraten im Ostseeraum besser vernetzen

Delegation der SPD Schleswig-Holstein zu Gast in Lettland



v.l.: Olaf Schulze, Janis Urbanovics, Ralf Stegner, Elizabete Krivcova, Niclas Dürbrook, Franz Thönnnes, Christian Kröning

„Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Teil der Ostseeregion, eine der zentralen Wachstumsregionen der Zukunft. Gerade während der Regierungszeit von Björn Engholm war es Motor und kompetenter Ansprechpartner in der Ostseekooperation“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes. Die SPD Schleswig-Holstein knüpft hieran wieder an und hat sich eine intensivere Kooperation auf die Fahnen geschrieben. Dies gilt sowohl für das Land wie auch für die Partei. Grundlagen sind das Papier „Architektur einer neuen Ostseepolitik“ des Europaforums und der Koalitionsvertrag.

Vom 4. bis 6. Oktober 2012 weilte eine Delegation des SPD-Landesverbandes in der lettischen Hauptstadt Riga, um sich mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei „Eintracht“ über eine engere Zusammenarbeit auszutauschen. Mit dabei waren Ralf Stegner (SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender), Franz Thönnnes (MdB und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz), Olaf Schulze (MdL und energiepolitischer Sprecher), Niclas Dürbrook (stellv. Juso-Landesvorsitzender) und Christian Kröning (Landesgeschäftsführer).

Während es am Donnerstag zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden der „Eintracht“, Janis Urbanovics, sowie Vertretern des Rigaer Stadtrates und der Parteijugend kam, stand am Freitag die Ostseekooperation auf dem Programm. Hier referierten Ralf Stegner über die Ostseepolitik Schleswig-Holsteins und die Prioritäten der Landesregierung, Franz Thönnnes über die Zusammenarbeit in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Energie sowie Olaf Schulze über die Energiepolitik, -sicherheit und Kernenergie. Am Ende des Besuchs wurde eine engere Kooperation

verabredet. Unter anderem soll der Kontakt durch einen intensiveren Austausch gestärkt werden. So wurde eine Delegation der „Eintracht“ zum nächsten Landesparteitag eingeladen, eine Hospitanz im Rahmen des anstehenden Bundestagswahlkampfes angeboten und die Umsetzung eines Sommer-Camps der Jugendorganisationen vorgeschlagen.

Um den Dialog zu erleichtern soll zusätzlich eine Internet-Plattform eingerichtet werden, auf der Sozialdemokraten aus Estland, Lettland, Litauen und Schleswig-Holstein über Ideen und Positionen diskutieren können.

„Erneut wurde deutlich, wie wichtig der sozialdemokratische Austausch über das Mare Balticum hinweg ist. Diese für uns so bedeutende Region werden wir nur gemeinsam gestalten können“, resümierte der Abgeordnete Franz Thönnnes nach der Reise.

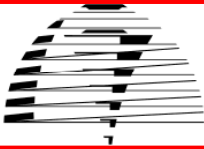
- Termine -

07.12.2012, 19.00 Uhr, Lübeck:

„Der Euro – vom Kraftprotz zum Sorgenkind“ lautet der Titel der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung, zu der **Gabriele Hiller-Ohm** in den K-Punkt in der Parade 4 einlädt. Referent ist der Hamburger SPD-Bundestags-abgeordnete und Haushaltspolitiker **Johannes Kahrs**. Im Anschluss an den Vortrag besteht bei Getränken und Imbiss die Gelegenheit für einen lockeren Informationsaustausch zum Thema Euro. Fragen und Anmeldungen bitte an das Wahlkreisbüro von **Gabriele Hiller-Ohm** via Mail an gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de oder telefonisch unter 0451/3846895.

17.12.2012, 19.00 Uhr, Norderstedt:

Um die klimapolitischen Vorstellungen und Ziele der SPD-Bundestagsfraktion geht es bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Franz Thönnnes**, bei der er den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Ulrich Kelber** als Referenten begrüßen wird. Besonderes Augenmerk soll an diesem Abend außerdem auf das ambitionierte Ziel der Stadt Norderstedt gelegt werden, im Zuge der Energiewende bis zum Jahr 2040 zur Nullemissionsstadt zu werden. Genug Input also für die anschließende Diskussion. Veranstaltungsort ist das TuRa-Sportlerheim, Am Exerzierplatz 14. Auskunft und Anmeldung im Bürgerbüro von **Franz Thönnnes** via E-Mail an buengerbuero@thoennes.de oder unter Tel. 04551/968383.



Ökologisches Leuchtturmprojekt für die Ostsee



Bettina Hagedorn (Mitte) und die Landtagsabgeordneten Sandra Redmann und Lars Winter luden gemeinsam zu einer Informationsveranstaltung zu den „Zero-Emissionsfähren“ ein

Schon 2017 könnte diese Vision wahr sein: als weltweit ökologisches Vorzeigeprojekt könnten emissionsfreie Fähren, angetrieben von Brennstoffzellen und aufgeladen mit Offshore- oder Onshorestrom, auf der Teststrecke Puttgarden - Rodby eingesetzt werden. Was sich für Skeptiker nach grüner Fantasie anhört, befindet sich bei der Reederei Scandlines als Auftraggeber und dem Germanischen Lloyd bzw. der „Future Ship“ bereits in fortgeschrittener Planung.

Um diesen Zeitplan zu halten, müssten allerdings 2014 die Ausschreibungen für die Fähreubauten vorliegen. Das ist ambitioniert, denn für Scandlines bedeutet dies, Planungs- und Investitionssicherheit für eine 500-Mio.-Euro-Investition für den Neubau von vier Fähren der innovativsten Generation binnen zwei Jahren herzustellen. Die Reederei könnte nach eigenen Angaben diese Investition ohne jegliche staatliche Subventionen stemmen, wenn sie – quasi zur wirtschaftlichen Absicherung - die politische Garantie hätte, dass der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung sich um weitere Jahre bis 2029 verzögert.

Diese Garantie kann die deutsche Politik jedoch angesichts der im Staatsvertrag mit Dänemark gegebenen Zusagen auf keinen Fall geben. Allerdings

ist es Fakt, dass die Fertigstellung der Querung mit Hinterlandanbindung im Juni 2009 bei der Beschlussfassung im Bundestag noch für das Jahr 2018 terminiert war. Bis heute hat sich dieser Termin scheinbar bereits auf das Jahr 2022 um vier volle Jahre verschoben, obwohl zu erwartende Klageverfahren in diesem Zeitplan bislang noch nicht einmal berücksichtigt sind.

Unabhängig davon sollten Wirtschafts- und Verkehrsminister in den norddeutschen Ländern wie im Bund daran interessiert sein, dass es zu der baureifen Entwicklung und Auftragsvergabe für diese vier Fähren kommt. Die Förderung der Forschung und Entwicklung der im zivilen Schiffsverkehr eingesetzten Brennstoffzellentechnik kann für Deutschland Signalwirkung entfalten und Wertstandor-

ten an unseren Küsten neue Auftragsvolumina auch aus dem Ausland beschaffen. Viele Arbeitsplätze könnten dadurch gesichert oder geschaffen und die Ostsee als hoch belastetes Binnenmeer mit ständig steigenden Schiffsbewegungen zum Öko-Vorreiter werden. Dieses Ziel des CO₂-neutralen Fährverkehrs verbindet sich perfekt mit dem EU-Ziel, bis 2025 den CO₂-Ausstoß um ein Viertel zu reduzieren.

Die Fehmarnbeltregion ist lebendig und zukunftsfähig. Dafür ist die emissionsfreie Fähre das beste Beispiel. Deshalb wird dieses Konzept auch schon bald auf der Tagesordnung der SPD-Küstengang in Berlin stehen, wo Lotse Uwe Beckmeyer die Projektleiter von Scandlines und dem Germanischen Lloyd einladen wird, um über den aktuellen Entwicklungsstand der emissionsfreien Fähre zu informieren – damit die Pläne keine bloße Zukunftsmusik bleiben, sondern als wichtiger Baustein für die deutsche Führungsrolle bei der Energiewende auch im Maritimen umgesetzt werden. **Bettina Hagedorn**

- Termin -

**17.12.2012, 18.00 Uhr,
Wedel:**

„Was können wir für Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung tun?“ Dieser Frage gehen der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete **Ernst Dieter Rossmann** und der bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Sören Bartol** bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Zukunft Wohnen: Grundrecht oder Luxus?“ nach. Kurze Statements werden zudem von **Thomas Höick** (SPD-Kreisvorsitzender), **Serpil Midyatli** (MdL, wohnungsbaupolitische Sprecherin) und **Bernd Schröder** (Aufsichtsratsvorsitzender GeWoGe) beisteuern, bevor das Publikum die Möglichkeit erhält, Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Veranstaltungsort ist das Stadtteilzentrum „mitten-drin“ in der Friedrich-Eggers-Straße 77. Anmeldungen und Auskunft bitte via Mail an ernstdieter.rossmann@wk.bundestag.de oder unter Tel. 04101/200639.

Impressum „Bundestag direkt“

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann,
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Büro der Landesgruppe:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB